



Rede zum 1. Mai 2016

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD-SSP

Aarau um 12.45 Uhr – Sperrfrist bis 13 Uhr

Stäfa um 15 Uhr – Sperrfrist bis 15.30 Uhr

1. Mai 2016 – Gemeinsam kämpfen – für eine starke AHV

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD-SSP

Zum 126. Mal stehen wir heute am 1. Mai, dem einzigen weltweiten Feier- und Kampftag, gewaltfrei gemeinsam auf der Strasse. Seit 1890 kämpfen wir für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte statt Ausgrenzung und Profit für Wenige.

Wir haben viel erreicht: 8-Std-Tag, 5-Tage-Woche, Ferien, höhere Löhne, Sozialversicherungen, Bildung, Gesundheitswesen und Gleichstellung. Kurz: Die ArbeiterInnenbewegung erkämpfte mehr soziale Gerechtigkeit. Aber Achtung: Wir können nicht entspannt zurücklehnen im Gefühl, das sei normal. Wir müssen weiterkämpfen, um das Erreichte zu halten und auszubauen.

Die Verteilung ist weltweit und in der Schweiz so ungleich wie noch nie. In der Schweiz, dem reichsten Land der Welt, könnten alle ArbeiterInnen, Angestellten und RentnerInnen gut leben. Würde die ausbezahlte Lohnsumme pro Jahr fair durch alle Arbeitenden verteilt, würde jede/r Lohnarbeitende Fr. 170'000 pro Jahr oder 14'000 im Monat verdienen. Ihr wisst, davon sind wir weit entfernt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich ins Extreme: Den 62 Reichsten gehört die Hälfte des Weltvermögens und in der Schweiz besitzen die 1-2% der Reichsten so viel wie die 98-99% Restlichen zusammen. Ein untolerierbarer Zustand.

Dahinter steht eine bürgerliche Politik, sie seit 20 Jahren in der Schweiz mit Hilfe einer gezielten Lohn-, Steuer- und Privatisierungspolitik eine unglaubliche Umverteilung zugunsten der Reichsten und einen drastischen Abbau des Service public vorantreibt. Dagegen treten wir an.

Der SGB hat aufgezeigt: In den letzten 20 Jahren sind die Löhne der unteren und mittleren Einkommen in Relation zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten stagniert oder sogar gesunken. Arbeitslosigkeit und der Druck am Arbeitsplatz nehmen zu. Arbeitgeber benutzen den überbewerteten Franken als Vorwand für Verschlechterungen und zahlen illegale Euro-Löhne, senken die Saläre, erhöhen die Arbeitszeit oder setzen Massnahmen zur Lohngleichheit aus. Die Zahlungen an die obersten 1% Verdienenden dagegen sind um 40% gestiegen. Das Vermögen allein der 300 Reichsten betrug Ende 2014 589 Milliarden oder 589'000 Millionen Fr. Locker könnten sie sowohl die Kosten für die Sozialhilfe in der Schweiz wie für die Behebung der absoluten weltweiten Armut, die die UNO auf 120 Milliarden schätzt, bezahlen. Mit den noch verbleibenden knapp 470 Milliarden lässt sich alleweil leben!

Grossunternehmen und Reiche wurden steuerlich grosszügig entlastet – und unser Finanzminister Ueli Maurer, das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen, befürwortet Finanzschlupflöcher auf Panama. Und schon liegt mit der Unternehmenssteuerreform (USR) III eine weitere massive Steuersenkung auf dem Tisch. Allein für die USR II wurden beim Bund Steuerbefreiungsbegehren für 1100 Milliarden deponiert und mit der USR III sollen weitere 1,5 Milliarden entzogen werden. Die fehlenden Steuern reissen grosse Löcher in die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Geantwortet wird von den Bürgerlichen mit wiederholten Sparprogrammen, und in fast allen Kantonen und Gemeinden werden aktuell Leistungen der öffentlichen Hand gestrichen oder gekürzt. Und immer mehr öffentliche Güter sollen nach dem Willen der Bürgerlichen privatisiert und damit nicht mehr für alle zugänglich werden. Dagegen kämpfen wir an.

Die Sozialversicherungen stehen unter Dauerbeschuss, aktuell die Altersvorsorge. Mit einer gezielten Angstkampagne wird der Bevölkerung eingetrichtert, die Altersrenten seien gefährdet. Es brauche dringend eine Rentenalterserhöhung bis sogar 67. Viele Pensionskassen

sind tatsächlich in einer schwierigen Lage und Renten werden gesenkt; kein Problem hat aber die AHV. Sie ist dank ihres genialen sozialen Finanzierungsmodells gesichert, weil auch Millionensaläre und Boni in die Finanzierung eingebunden werden und sich die Gesamtlohnsumme vergrössert hat. Selbst das derzeitige Defizit aufgrund der Babyboomer-Jahrgänge wäre mit einem einzigen Mwst-Prozent über die nächsten 10 Jahre behoben. Deshalb haben die Gewerkschaften die AHVplus-Initiative lanciert, die im September zur Abstimmung kommt. Sie bringt 10% mehr AHV-Rente. KollegInnen, informiert darüber. Diese Abstimmung wollen wir gewinnen!

Der Gipfel der Unverfrorenheit sind die Freihandelsabkommen TTIP, Ceta und TiSA. Die reichen Industriestaaten verhandeln auf Initiative der mächtigen Konzerne seit 2012 in Genf unter aktiver Mitarbeit der Schweiz das neue Dienstleistungsabkommen TiSA (Trade in Services Agreement). Die plurilateralen Verhandlungen laufen ausserhalb demokratischer Strukturen und in völliger Geheimhaltung. Insbesondere der Service Public wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser, Strom, öffentlicher Verkehr usw. soll dem globalen Markt geöffnet werden. Damit wäre ein qualitativ guter Service public für alle nicht mehr gesichert und der Zugang zu lebenswichtigen Gütern vielen Menschen verwehrt. Diesen Rückschritt lassen wir nicht zu.

Der Widerstand gegen diese gefährlichen Abkommen formiert sich. Zur Erinnerung: Vor 10 Jahren hat der weltweite Protest – auch aus der Schweiz – zur Blockade der GATS-Verhandlungen geführt. KollegInnen, schliesst Euch an. Erklärt Eure Gemeinde oder Stadt zur TiSA-freien Zone! Bern, Zürich, Lausanne und andere sind bereits vorangegangen.

Und schon im Juni sind wir mit 2 Initiativen konfrontiert, die dem Service public massiv schaden und riesige Löcher in die öffentlichen Kassen reissen würden. Sagt also deutlich Nein.

Die verfängliche „Pro Service public“-Initiative will den Gewinn und die Quersubventionierung von staatlichen Betrieben verbieten. Beides ist aber zentral für das Funktionieren eines breiten, bis in die Randregionen betriebenen Service public. Ohne Gewinn und Quersubventionierung könnten unrentable Zweige der öffentlichen Grundversorgung für die Bevölkerung nicht oder nur aus zusätzlichen Steuermitteln angeboten werden. Das darf nicht sein!

Die Milchkuh-Initiative will verbieten, dass die Hälfte der Mineralölsteuer dem allgemeinen Bundeshaushalt zugeführt wird. Auf einen Schlag würden Einnahmen von 1500 Millionen fehlen. Ein gigantisches Abbaupaket in Bildung, Gesundheit, Sozialbereich, öffentlichem Verkehr usw. wäre die Folge. Das darf nicht passieren!

Es ist der gute Service public, der das Leben in der Schweiz angenehm macht, Arbeitsplätze und Wohlstand generiert: Eine gute Schulbildung, eine optimale Gesundheitsversorgung und gesicherte Renten für alle, saubere Strassen und Parkanlagen, stets Strom, Trinkwasser direkt ab Wasserhahn, funktionierende Abfallentsorgung, Züge und Trams. Unsere engagierten KollegInnen sorgen für gute Lebensqualität und Rechtssicherheit in der Stadt und im abgelegenen Bergtal. Unabhängig vom Einkommen profitiert die ganze Bevölkerung in allen Regionen von einem starken Service public. Die öffentlichen Dienstleistungen sind die Basis für Chancengleichheit, ein Grundpfeiler der Demokratie und sind gefährdet. Das lassen wir nicht zu!

Wir brauchen in Zukunft nicht weniger Service public, sondern mehr: Die Bevölkerung wird älter und braucht Pflege, die Einkommensunterschiede nehmen zu, wir müssen den öffentlichen Verkehr ausbauen und den Klimawandel bewältigen. Auch die Privatwirtschaft verlässt sich auf die Qualität des Service public.

Die Klima-Krise hat nicht nur in den südlichen Ländern bereits begonnen. Über 50 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Krieg, Unterdrückung, Naturkatastrophen, Dürre, Hunger,

keine Existenzmöglichkeiten treiben sie aus ihrer Heimat. Es stände der reichen Schweiz gut an, jetzt solidarisch zu sein und 100'000 Flüchtlinge aufzunehmen. In Gedenken daran, dass unser Land vor zirka 100 Jahren so arm war, dass der Bundesrat die Leute – mit Zusage eines finanziellen Zustupfs – aktiv aufforderte auszuwandern und das Glück in einem andern Land zu suchen.

Wir lassen uns nicht splitten. Wir sind alle Menschen und die meisten von uns Arbeitnehmende – mit oder ohne Schweizerpass. Ausgrenzung und Diskriminierung schaden nicht nur den Betroffenen, sondern der ganzen Gesellschaft. Sie gefährden den sozialen Frieden und den Wohlstand. Dagegen treten wir an.

Wir wissen sehr genau, dass der Wohlstand der Schweiz auch auf dem enormen Einsatz unserer KollegInnen mit Migrationshintergrund basiert. Deshalb ist für uns klar, wir stehen ein für die bilateralen Verträge mit Personenfreizügigkeit – ohne Lohndumping und ohne neuem Saisonierstatut.

Soziale Gerechtigkeit ist das Gebot der Stunde. Also Schluss mit Steuersenkungen für die Reichen wie die USR III, Privatisierungen, Sparprogrammen und Freihandelsabkommen wie TTIP und TiSA.

Wir fordern einen qualitativ guten Service public, gute Arbeitsbedingungen und Löhne mit Lohngleichheit, gesicherte Renten ohne Rentenerhöhung, AHV plus für alle, unabhängig von Herkunft und Geschlecht. Wir lassen uns nicht in wenigen Jahren zerstören, was unsere (Gross-)Eltern aufgebaut haben. Wir wollen das Erreichte weiterentwickeln zu einer gerechten, solidarischen, diskriminierungsfreien und offenen Schweiz. JA zu sozialer Gerechtigkeit in einer gesunden Umwelt hier und weltweit!